Erklärung afghanischer Feminist*innen zum 25. November – Internationaler Tag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Von Zahra Moussawi

Die Frauen Afghanistans rufen zu einer scharfen Ablehnung der kollaborativen Politik der deutschen Regierung mit den Taliban auf – eine Politik, die nicht die Rechte der Frauen und der Unterdrückten schützt, sondern die imperialistische Agenda und die patriarchalen Strukturen des Westens weiter stärkt.

Zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen müssen wir über eine Gewalt sprechen, die im globalen Machtgefüge bewusst verschleiert wird: die koloniale Wissens- und politische Gewalt. Eine Gewalt, die Frauen, queere und geschlechtliche Minderheiten sowie Vertriebene aus dem Globalen Süden am härtesten trifft – und von privilegierten Machtzentren als ‚notwendig' oder ‚gut' legitimiert wird.

Seit Jahrzehnten wird die Gewalt gegen unsere Körper in Afghanistan, Sudan, Gaza und Iran als „Normalität" inszeniert – als geopolitische Logik, als historische Notwendigkeit. Diese Normalisierung ist kein Zufall. Sie ist das Werkzeug eines globalen, patriarchalen und kolonialen Kapitalismus, der militärische Interventionen romantisiert, während er Raketen auf uns regnen lässt, geschmückt mit Parolen wie »Frau, Leben, Freiheit« – Worte, die zu leeren Symbolen werden, sobald dieselben Akteure unsere Befreiung sabotieren.

Diese globale Hegemonie hat nach dem Kalten Krieg jene Kräfte gestärkt, die Frauen* und Minderheiten am brutalsten unterdrücken: die Taliban, fundamentalistische Bewegungen und ultrareaktionäre Ideologien, die unter dem Begriff „Realpolitik" in Form eines „Emirat" als vermeintliche Alternativen verkauft werden. Realpolitik ist nichts anderes als die Verschleierung von Gewalt durch technokratische Sprache.

Die deutsche Regierung hat diese Logik übernommen. Mit dem Programm „Erleichterung der Abschiebung von Straftätern" hat sie offiziell begonnen, mit den Taliban zu kooperieren. Taliban-Vertreter sitzen inzwischen in der afghanischen Botschaft und den Konsulaten in Berlin und Bonn. Diese diplomatische Selbstnormalisierung markiert den endgültigen Bruch mit 20 Jahren politischer Rhetorik über „Demokratie", „Frauenrechte" und „Terrorismusbekämpfung". Es ist ein politischer und moralischer Verrat – vor allem an afghanischen Frauen*, die genau diese Parolen jahrelang als Rechtfertigung militärischer Besatzung ertragen mussten.

Die Übergabe Afghanistans an die Taliban hat ein System der offenen Geschlechterapartheid stabilisiert und die reaktionärsten und autoritärsten Kräfte der Region gestärkt.und sie hat die reaktionärsten und rechtsgerichtetsten politischen Strömungen und Ideologien in der Region und weltweit verstärkt . Unsere feministischen Kämpfe – für Gleichberechtigung, für Frieden, für soziale Gerechtigkeit – wurden um Jahrzehnte zurückgeworfen. Frauen wurden seit dem 15. August 2021 ihrer Grundrechte beraubt: Bildung verboten, Arbeit verboten, öffentliche Freiheit verboten. Minderheiten und Dissident*innen werden ausgelöscht oder vertrieben. Gleichzeitig erleben afghanische Geflüchtete eine globale Abschiebekampagne, die mit rassistischen und nationalistischen Narrativen legitimiert wird – neuerdings sogar mit ästhetischen Schlagwörtern wie »Stadtbild«. Das ist nichts weniger als die Normalisierung quasi-faschistischer Innenpolitik.

Unter diesen Bedingungen unterscheidet sich die deutsche Politik gegenüber afghanischen Frauen kaum noch von faschistischer Gewaltpraxis der Islamischen Republik Iran oder den ethnonationalistischen Maßnahmen Pakistans. Alle drei Systeme zeigen: Gewalt und Unterdrückung sind nicht kulturell verschieden, sondern politisch verwandt. Auch der „demokratische Westen" entpuppt sich als Teil derselben globalen Maschine, die Frauen , Geflüchteten und Minderheiten unterdrückt.

Deutschland hat sich erneut zu einem Vorreiter autoritärer und rechtsextremer Diskurse gemacht. Die Unterstützung des israelischen Genozids in Gaza zeigt deutlich, wie schnell die angeblich ‚aufgearbeitete Vergangenheit' wieder die politische Gegenwart prägt. Der rechte Nationalismus im Westen und der fundamentalistische Nationalismus im Osten sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben patriarchalen Weltordnung.
Obwohl sie auf den ersten Blick unterschiedlich erscheinen mögen, sind die rechtsextremen Diskurse in

Europa, Südasien und Westasien tief miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig. Es ist an der Zeit, die falsche Dichotomie von ‚liberalem Westen' und ‚rückständigem Osten' endgültig zu überwinden. Wenn beide Seiten Nationalismus, Patriarchat und Hass gegen Geflüchtete, Arbeiter*innen und Frauen für die Machterhaltung instrumentalisierten, gibt es keinen Unterschied zwischen ihnen.

Der Mythos vom liberalen Westen dient einzig dazu, koloniale Kontinuitäten zu verschleiern. Während der eine Staat Kriege im Ausland finanziert, führt der andere sie im Innern – beide gegen Frauen, queere Menschen, Geflüchtete und andere marginalisierte Gruppen.

Was uns geschieht, geschieht nicht zufällig. Es ist das Produkt global vernetzter, patriarchaler, kolonialer Ideologien und Regime – egal ob im Westen, Osten, Norden oder Süden. Wenn Unterdrückung keine Grenzen kennt, dann darf unser Widerstand erst recht keine Grenzen kennen. Unser Kampf ist transnational. Unser Widerstand ist kollektiv. Unsere Solidarität ist grenzenlos.

Heute und hier möchte ich daran erinnern, dass Gewalt aufgrund des Geschlechts nicht nur in ihren traditionellen, patriarchalen Formen existiert, sondern tief in den Strukturen des globalen kapitalistischen Staaten verankert ist. Um die vielfältigen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu überwinden, reicht es nicht aus, die offensichtlichen Manifestationen zu bekämpfen. Wir müssen die Wurzeln dieser Gewalt erkennen – die hegemonialen Ideologien, die von den herrschenden Klassen, vom Patriarchat und von faschistischen Regimen weltweit genährt werden. Diese Gewalt ist nicht isoliert oder zufällig, sie ist das Ergebnis eines globalen Systems der Unterdrückung und Ausbeutung, das im Westen, Osten, Norden und Süden gleichermaßen herrscht und sich über die Welt erstreckt.

Die Gewalt, die wir erleben, ist kein individuelles Problem, sondern das Produkt eines Systems, das auf der Ausbeutung von Frauen, Migrant*innen, Arbeiter*innen und allen marginalisierten Gruppen basiert. Wir müssen über den nationalen Rahmen hinaus denken und kämpfen – für die Zerschlagung des globalen Systems der Ausbeutung, für die Zerstörung der kapitalistischen und patriarchalen Strukturen, die diese Gewalt täglich produzieren.

Wenn Unterdrückung keine Grenzen kennt, darf auch unser Widerstand keine Grenzen kennen.